

Herrn  
Friedrich Merz MdB  
Vorsitzender der CDU Deutschlands  
Konrad-Adenauer-Haus  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Berlin, 28. April 2025

## **AG Mittelstand: Sieben Maßnahmen für ein 100 Tage-Programm**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Merz,

Union und SPD haben Wort gehalten und zügig ihren Entwurf eines Koalitionsvertrages vorgelegt. Dafür danken wir Ihnen ausdrücklich.

Unser Land hat keine Zeit zu verschenken, wenn es darum geht, endlich wieder Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Gerade aus Sicht des von uns vertretenen Mittelstands sind eine Reihe von Maßnahmen und Reformen notwendig, die für unsere Unternehmen und Betriebe nach langer Durststrecke wieder Perspektiven und Handlungsspielräume eröffnen.

Wir haben dazu ein Papier mit sieben prioritären Maßnahmen erarbeitet, die von der neuen Bundesregierung innerhalb der ersten 100 Tage angegangen werden sollten, ja sogar müssen.

Wir würden uns sehr freuen und wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Dringlichkeit und Notwendigkeit dieser Maßnahmen annehmen und sie entsprechend zügig umsetzen.

Darüber hinaus bieten wir Ihnen gerne an, diese Themen auch im persönlichen Austausch zu erörtern. Hierzu können Sie jederzeit auf uns zukommen.

Eine gute Gelegenheit zum persönlichen Austausch wird im Übrigen auch der nächste Parlamentarische Abend der AG Mittelstand sein, der in diesem Jahr nach der Sommerpause stattfinden wird. Ein Save-the-date sowie die persönliche Einladung werden Ihnen zeitnah zugehen.

Lieber Herr Merz, wir wünschen Ihnen viel Erfolg und einen guten Start und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Hofmeister  
Bundesverband der Freien Berufe

Dr. Dirk Jandura  
Bundesverband Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen

Marija Kolak  
Bundesverband der Deutschen  
Volksbanken und Raiffeisenbanken

Guido Zöllick  
Deutscher Hotel- und  
Gaststättenverband

Peter Adrian  
Deutsche Industrie- und  
Handelskammer

Prof. Dr. Ulrich Reuter  
Deutscher Sparkassen-  
und Giroverband

Franz-Josef Holzenkamp  
Deutscher  
Raiffeisenverband

Dr. Alexander von Preen  
Handelsverband  
Deutschland

Jörg Dittrich  
Zentralverband des  
Deutschen Handwerks

Eckhard Schwarzer  
DER MITTELSTANDSVERBUND - ZGV

## Anlage

- Papier „AG Mittelstand: Sieben Maßnahmen für ein 100-Tageprogramm“

## Brief gleichlautend an

- Carsten Linnemann MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands
- Dr. Markus Söder MdL, Vorsitzender der CSU
- Dr. Alexander Dobrindt MdB, stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- Martin Huber MdL, Generalsekretär der CSU
- Saskia Esken MdB, Vorsitzende der SPD Deutschlands
- Lars Klingbeil MdB, Vorsitzender der SPD Deutschlands
- Matthias Miersch MdB, Generalsekretär der SPD Deutschlands

*Über die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand: Der Mittelstand in Deutschland repräsentiert die rund 3,5 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen aus Handel, Handwerk, dem Dienstleistungssektor, Gastronomie und Hotellerie, den Freien Berufen und der Industrie sowie, als wichtigste Finanzierungspartner der kleinen und mittleren Unternehmen, die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Diese Unternehmen beschäftigen sechs von zehn sozialversicherungspflichtigen Mitarbeitern (mehr als 19 Millionen), bilden sieben von zehn der insgesamt mehr als 1,1 Millionen Auszubildenden aus und zählen zu den Innovationstreibern in Europa (Quelle: IfM Bonn).*

Weiterführende Informationen: [www.arbeitsgemeinschaft-mittelstand.de](http://www.arbeitsgemeinschaft-mittelstand.de)

## **AG Mittelstand: Sieben Maßnahmen für ein 100-Tageprogramm**

Der Standort Deutschland gerät zunehmend unter Druck. Es droht das dritte Rezessionsjahr in Folge. Die Wirtschaft leidet unter hohen Energiepreisen sowie hohen bzw. steigenden Bürokratie-, Steuer- und Abgabenlasten. Mit der unberechenbaren US-Zollpolitik bahnen sich weitere Verwerfungen an.

Der Mittelstand als tragende Säule der deutschen Wirtschaft erwartet in dieser Situation von der Politik schnelle Impulse und spürbare Entlastungen. Wenngleich der Koalitionsvertrag von Union und SPD für eine dringend notwendige Wirtschaftswende noch nicht ausreicht, so enthält er viele richtige Maßnahmen, die die neue Bundesregierung zeitnah auf den Weg bringen sollte.

Herzstück des Mittelstands sind Unternehmertum und Selbstständigkeit, die für Eigenverantwortung, Innovationskraft, Risikobereitschaft und gelebter Sozialpartnerschaft in den Betrieben stehen. Sie erwirtschaften mit Steuern und Sozialleistungen die Substanz des Wohlstands und ermöglicht damit das Funktionieren des Staates wie die Weiterentwicklung der Gesellschaft. Angesichts der großen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, kommt es mehr denn je auf diese Strukturen an.

Für ein 100-Tage-Programm bedeutet dies, dass die künftige Bundesregierung für Unternehmen und Betriebe zügig Signale setzen muss. Aus Sicht der AG Mittelstand sind folgende Maßnahmen prioritär, um Stimmung und Lage schnell zu verbessern:

### **1. Strompreissenkung**

Die Stromsteuerbelastung muss für alle Unternehmen und Betriebe auf das europäische Mindestmaß gesenkt und die Netzentgelte schnellstmöglich reduziert werden. Dies stärkt die wirtschaftliche Basis und schafft Freiräume für innovative Technologien und Lösungen. Niedrigere Strompreise erhöhen zudem die Akzeptanz und den Einsatz von strombasierten Wärmelösungen und tragen dazu bei, die Emissionen bis 2045 signifikant zu senken.

### **2. Abschreibungen und Unternehmenssteuerreform für alle**

Bundestag und Bundesrat müssen in einem schnellen Gesetzgebungsverfahren den Weg für die vereinbarten umfangreichen Abschreibungsregelungen frei machen. Die Liquidität in den Unternehmen würde so kurzfristig gestärkt, zugleich kommt es lediglich zu einer temporären Verschiebung des Steueraufkommens.

Es könnte ein positiver Kreislauf aus höheren Investitionen, einem höheren Wachstum, mehr Arbeitsplätzen und höheren Einkommen angestoßen werden.

Zugleich müssen Steuerentlastungen im Sinne der Planbarkeit so schnell wie möglich gesetzlich verankert werden, und zwar für alle Unternehmen, d.h. für Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen gleichermaßen.

Dringend notwendig sind zudem anwendungsfreundliche Verbesserungen bei der Thesaurierungsrücklage, die bislang von den Unternehmen und Betrieben kaum in Anspruch genommen wird. Dazu gehört die Senkung der vorgesehenen Nachversteuerungs- und

Thesaurierungssätze. Auch im Bereich von Verfahrensfragen, der vorgeschriebenen Verwendungsreihenfolge von Alrücklagen und Problemen bei Restrukturierungen liegt erhebliches Reformpotential, das es umgehend zu heben gilt.

### **3. Sozialpartnerschaft**

Die Sozialpartnerschaft ist ein wichtiger Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft und trägt maßgeblich zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und des Mittelstandes bei. Daher muss die neue Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass die Sozialpartner in alle Gesetzgebungsvorhaben, die für die Sozialpartnerschaft von Relevanz sind, in die Konzeption und die Ausführung eingebunden sind. Das gilt insbesondere für ein geplantes Bundestariftreuegesetz und eine unabhängige Arbeit der Mindestlohnkommission.

### **4. Lieferkettengesetz**

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) belastet nicht nur die unmittelbar verpflichteten größeren Unternehmen, sondern über abgewälzte Berichtspflichten auch kleine und mittelständische Zulieferer. Die von der Koalition vorgesehene Abschaffung des LkSG sowie die unmittelbar vorgesehene Aussetzung von Berichtspflichten und Sanktionen müssen daher zügig vorgenommen werden.

Das an seiner Stelle geplante Gesetz über die internationale Unternehmensverantwortung zur Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) muss sämtliche Gestaltungsspielräume für eine bürokratiearme und mittelstandsverträgliche Umsetzung nutzen. Ganz wichtig aus Sicht des Mittelstands ist es, den Trickle-Down-Effekt weitgehend zu verhindern. So sollten etwa über regionale Ausnahmeregelungen in der EU und Deutschland tätige Zulieferer von Informationspflichten ausgenommen werden.

### **5. Bürokratieabbau**

Die Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Sofort-Entlastungsprogramms muss zeitnah auf den Weg gebracht und auch im europäischen Kontext gedacht werden. Hierzu zählt die Anhebung von Schwellenwerten, Einführung von Ausnahmevorschriften, die Reduzierung der betrieblichen Beauftragten, die Abschaffung zahlreicher Statistik- und Dokumentationspflichten und die Durchführung von Praxis-Checks zur Vorbereitung des ersten Entlastungsgesetzes noch im laufenden Jahr 2025. Zusätzlich zum Entlastungsgesetz muss auch die Reform und Ausweitung der Bürokratiebremse in eine „one in, two out“-Regelung umgesetzt werden.

### **6. Abschaffung der Bonpflicht**

Beim Einkauf wird die Bürokratie durch die Bonpflicht für jeden spürbar. Seit 2020 muss zu jedem Vorgang ein Kassensbon ausgegeben und dem Kunden angeboten werden – sofern keine offene Ladenkasse besteht. Eine sofortige ersatzlose Abschaffung der sog. Belegausgabepflicht führt zum im Alltag spürbaren Bürokratieabbau und vermeidet dabei

auch noch unnötigen Abfall.

## **7. Zügiger Haushaltsbeschluss für das Jahr 2025**

Vor allen Maßnahmen steht der Haushalt. Die Phase der vorläufigen Haushaltsführung ist so schnell wie möglich zu beenden.

Der Koalitionsvertrag steht zudem vollständig unter Finanzierungsvorbehalt. Die damit einhergehende Verunsicherung und fehlende Planbarkeit sind ebenso schnell zu beenden.